

aus: QUELLEN ZUR NATIONALSOZIALISTISCHEN ENTNATIONALISIERUNGSPOLITIK IN SLOWENIEN 1941 – 1945

VIRI O NACISTICNI RAZNARODOVALNI POLITIKI V SLOVENIJI 1941 – 1945

Zusammengestellt und erläutert von:

Zbrak in uredil:
TONE FERENC

Maribor, 1980

Nr. 148

Vermerk der Forschungs- und Lehrgemeinschaft „Das Ahnenerbe“ über eine Besprechung betreffend die Germanisierung in den besetzten Gebieten Kärntens und Krains und die Errichtung einer Forschungsstätte¹

Vertraulich

V e r m e r k

über eine Besprechung in Veldes am 6. Oktober 1941.

Anwesende: Major Maier-Kaibitsch,² Dr. Starzacher,³ Dr. Koschier,⁴ Dr. Gatterer,⁵ Sievers,⁶ Schwalm.⁷

Die volkspolitische Lage in Südkärnten ist durch folgende Tatsachen charakterisiert. Nach Landschaft und Kultur ist Oberkrain den Kärntner Landen ebenso verwandt wie dem Gebiet des Kanaltals. Die Bevölkerung ist rein slowenisch. Die für die Untersteiermark kennzeichnende Zwischenschicht der Windischen fehlt. Deutschtum ist ebenfalls nicht vorhanden. Rassisch ist die Bevölkerung gut. Der deutsche Blutanteil muss als sehr beträchtlich bezeichnet werden. Das mittelalterliche Deutschtum ist ganz im Slowenentum aufgegangen. Nach Bildungsstand, Sauberkeit in Dorf und Stadt, überhaupt

¹ DZA Potsdam, REM, Bd. 2939/41, (9 S.).

² SS-Obersturmbannführer Alois Maier Kaibitsch, Leiter der Dienststelle des Beauftragten des RKFDV und Nationalpolitischer Referent beim Stabe des Chefs der Zivilverwaltung in den besetzten Gebieten Kärntens und Krains.

³ SS-Untersturmführer Dr. Karl Starzacher, der Beauftragte für Archivwesen, Büchereien und Museen beim Stabe des Chefs der Zivilverwaltung und Stabsleiter der Dienststelle des Beauftragten des RKFDV in den besetzten Gebieten Kärnten und Krains.

⁴ Dr. Franz Koschier, Referent für Volks- und Hauptschulen beim Stabe des Chefs der Zivilverwaltung in den besetzten Gebieten Kärntens und Krains und Leiter der Lehrerbildungsanstalt in Kranj.

⁵ Dr. Matthäus Gatterer, Referent für Oberschulen beim Stabe des Chefs der Zivilverwaltung in den besetzten Gebieten Kärntens und Krains und Leiter der Hauptschule in Kranj.

⁶ SS-Obersturmbannführer Dr. Wolfram Sievers, Reichsgeschäftsführer der Forschungs- und Lehrgemeinschaft „Das Ahnenerbe“. Am Montag, den 6. Oktober 1941 notierte er in sein Tagebuch:

„15⁰⁰ an Veldes.

15⁰⁰ –18⁰⁰ Besprechung mit SS-Stubaf. Maier-Kaibitsch, Dr. Koschier, Dr. Gatterer, SS-Ustuf. Dr. Starzacher, Prof. Dr. Schwalm:

1. Forschungsstelle Oberkrain

2. Volkspolitische Lage.“

(BA Koblenz, Das Ahnenerbe, NS 21/vorl. 928)

⁷ SS-Untersturmführer Dr. Hans Schwalm, Leiter der Kulturkommission beim Deutschen Umsiedlungsbevollmächtigten in Ljubljana.

nach dem ganzen Lebensstand, zeigt das Gebiet von Südkärnten durchaus deutsche Züge. Eine Kulturgrenze liegt – wenn wir von der Sprache absehen – auf den Karawanken nicht.

Nach der Besetzung wurden bezüglich Südkärntens die gleichen Aussiedlungsmaßnahmen angeordnet wie für die Untersteiermark.⁸ In einer ersten Welle sollte die slowenische Intelligenz, in einer zweiten Welle die nach 1914 in die Südsteiermark gekommenen Nationalslowenen und in einer dritten Welle ein 20 km breiter Grenzstreifen ausgesiedelt werden. Ferner wurde die Schaffung eines Kärntner Volksbundes angeordnet, in dem alle Einwohner des Gebietes führungsmäßig erfasst werden sollten, soweit von ihnen ein Bekenntnis zur Lebensgemeinschaft mit den Deutschen erwartet werden konnte.⁹

Diese Maßnahmen sind ohne Fühlungsnahme mit Maier-Kaibitsch und dem volkspolitischen Arbeitskreis in Klagenfurt getroffen worden. Bei der Durchführung, für die sich der Gauleiter einsetzte, ergaben sich auch sogleich sehr erhebliche Schwierigkeiten, die zu einer starken Beunruhigung des gesamten Gebietes führten.¹⁰ Wie schon hervorgehoben sind die Aussiedlungsmaßnahmen den Verhältnissen der Untersteiermark durchaus entsprechend. In Südkärnten gibt es jedoch nur eine einheitliche slowenische Bevölkerung, deren Führung keiner deutschen Dienststelle bekannt war, so dass das Herausfangen der Intelligenz durch die Organe des SD ohne jede Fühlungsnahme mit verlässlichen Deutschgesinnten oder der deutschen Besatzungsbehörde loyal Gegenüberstehenden erfolgen musste. Durch das mechanische Vorgehen, das hier allein übrigblieb, wurden zum großen Teil auch durchaus brauchbare Elemente eingefangen. Nach Durchführung der Aussiedlung der ersten Welle kann durchaus gesagt werden, dass man im wesentlichen die rassisch wertvollen Kräfte ausgesiedelt hat.¹¹

Nach Einschaltung des Klagenfurter Kreises um Maier-Kaibitsch liess sich der Gauleiter bestimmen, eine Abänderung der von Berlin für Südkärnten gegebenen Aussiedlungsrichtlinien zu erbitten. Leider kam die Zustimmung von Berlin erst nach Durchführung der Aussiedlung der ersten Welle.¹² Nur wenige bereits für die Abschiebung eingefangenen Slowenen der Intelligenzschicht (übrigens wurden keine Ärzte ausgesiedelt, weil die Reichsärztekammer dagegen rechtzeitig Einspruch erhoben hatte) konnten im letzten Augenblick noch herausgeholt werden. Die übrigen sind nach Serbien abgeschoben worden. Es steht jedoch bereits jetzt eindeutig fest, dass ein Teil von ihnen bereits in Laibach ist. Einige sind auch mit Hilfe der Organe des Militär-Befehlshabers ins übrige Reichsgebiet gelangt. Einige sind auch wieder nach Südkärnten zurückgeholt worden.

Die Nichtdurchführung der Aussiedlung der zweiten und dritten Welle hat zweifellos zu einer Beruhigung in Südkärnten geführt. Die Aussiedlung der ersten Welle hat praktisch zu einer Verstärkung der slowenischen Führung in Laibach geführt, die nun von dort aus nach Südkärnten herein arbeitet. Die Nachrichtenverbindung scheint recht gut zu sein. Eine Feme, die von Laibach aus geleitet ist, hält nach wie vor die südkärntner Bevölkerung unter einem starken Druck. Einige selbständig operierende Banden sind allerdings jetzt völlig eingekreist. Vollkommen verfehlt ist die Begründung und

⁸ Siehe Dok. Nr. 76, 79 u. 323.

⁹ Siehe Dok. Nr. 74

¹⁰ Hdschr. Bemerkung: „Vgl.: Die in Abschrift bereits übermittelte Denkschrift Starzacher vom Mai 1941.“ Siehe Dok. Nr. 67.

¹¹ Siehe Dok. Nr. 66, 71, 7, 91, 100 u. 104.

¹² Siehe Dok. Nr. 168, 188, 208 u. 235

Organisation des Kärntner Volksbundes. Eine Organisation wie der Kärntner Volksbund ist da sinnvoll, wo eine zwar deutschgesinnte aber noch nicht deutsche Zwischenschicht (wie in der Untersteiermark) führungsmässig erfasst werden muss, um den allmählichen Eindeutschungsprozess zu beschleunigen und eine organisatorische Möglichkeit zu haben, die politisch und rassisch unerwünschten Elemente in der Bevölkerung auszumerzen. Da es in Südkärnten eine solche Bevölkerung nicht gibt, ist der Volksbund praktisch zu einer neuen Organisation der Slowenen geworden. Er umfasst heute 95 v. 100 der gesamten Bevölkerung. Eine Auflösung des Volksbundes ist unbedingt erforderlich. Maier-Kaibitsch hat die Gründung eines Kärntner Volksdienstes in Vorschlag gebracht. Die Auflösung des Kärntner Volksbundes dürfte aber vorläufig nicht zu erreichen sein, da sie zu einer Prestigefrage des Gauleiters geworden ist. Durch die Schaffung eines solchen Volksdienstes hat die volkspolitische Führung die Möglichkeit, ohne an den starren Apparat einer Partei gebunden zu sein, mit allen aufbauwilligen Elementen nach Bedarf und von Fall zu Fall zusammenzuarbeiten, also ein ganz lockeres nichtdeutsches Mitarbeiter-Korps aufzubauen, das keine politischen Funktionen ausübt wie der Amtsleiter oder Amtsträger einer Parteiorganisation.

Die Unsicherheit der deutschen Verwaltung, d.h. das Anlaufenlassen der zunächst angeordneten scharfen Maßnahmen und deren nunmehrige Widerrufung, also das Herumwerfen des Steuers, hat zweifellos auf die slowenische Führung in Laibach ermutigend gewirkt. Der Start für die nunmehr durchzuführenden volkspolitischen Maßnahmen, die zu einer allmählichen Gewinnung der Bevölkerung führen sollen, ist denkbar schlecht.

Die Italiener haben den Slowenen in der Südkrain die Autonomie zugesagt. Dadurch ist den Nationalslowenen Laibach als geistiges und politisches Zentrum geblieben. Nachdem es zunächst so schien, als würden die Italiener ihr Versprechen nicht sonderlich ernst nehmen, muss im Augenblick festgestellt werden, dass dem doch wohl nicht so ist. Entgegen früheren Nachrichten ist nunmehr doch die slowenische Führung eine Erziehungsstätte von höchster Bedeutung für den nationalen Kampf erhalten.

Die Forderung des Führers: „Machen sie mir das Land deutsch“ kann und wird nicht auf dem Wege einer Aussiedlung der jetzigen Südkärntner Bevölkerung erreicht werden. Das Ziel ist nur auf dem Wege einer allmählichen Eindeutschung des Gebietes zu erreichen. Bei dem großen Anteil wertvollen nordrassischen Erbgutes ist dieser Weg durchaus erfolgversprechend und nach Auffassung von Maier-Kaibitsch der einzige Weg, der hier gegangen werden kann.

Eine Eindeutschung des Landes wird von der Gewinnung der Jugend abhängen. Sie allein kann dem Deutschtum gewonnen werden. Jeder Versuch, die ältere Generation der Slowenen einzudeutschen, ist nach Ansicht von Maier-Kaibitsch von vornherein zum Scheitern verurteilt. Was erreicht werden kann, aber auch erreicht werden muss, ist ein loyales Verhalten der älteren Generation gegenüber der deutschen Verwaltung. Darüber hinaus aber muss erreicht werden, dass sie den deutschen Versuchen der Eindeutschung der Jugend keine Widerstände entgegensetzt. Dieses ist nur möglich, wenn die ältere Generation in Südkärnten einsieht, dass es sich dabei um einen natürlichen Rückdeutschungsprozess handelt. Das Nationalslowenentum in Laibach wird ständig bemüht sein, die oberkrainische Bevölkerung nach Laibach geistig und politisch auszurichten. Sie wird dabei zweifellos mit italienischer Unterstützung arbeiten können. Slowenen und Italiener verbindet

die gemeinsame Forderung auf die Karawankengrenze. Die Laibacher Slowenen werden sich dabei auf alle jene Züge stützen und berufen, welche Oberkrainer und Südkrainer im gleichen Volkstum gemeinsam haben. Nach Auffassung von Maier-Kaibitsch wird man dagegen nur aufkommen können, wenn man den Oberkrainern klarmacht, was sie eigentlich von den Laibachern trennt. Es muss also ein oberkrainisches Bewusstsein erweckt und geschaffen werden. Nur auf diesem mühseligen Wege kann eine geistige Position gegen das Nationalslowenentum Laibachs aufgebaut werden. Hier muss nun die wissenschaftliche Arbeit einsetzen. Bisher mangelt es noch völlig an wissenschaftlichen Unterlagen für eine derartige volkspolitische Ausrichtung des Oberkrainer Slowenentums. So wie die Dinge hier einmal liegen, nützt es gar nichts, wenn wir die Behauptung aufstellen, dass die Oberkrainer etwas wesentlich anderes sind als die Laibacher oder Südkrainer. Es muss wissenschaftlichen Mannschaft, die das Beweismaterial zu erarbeiten hat. Dass sich die Oberkrainer rassisch und volkstummässig von den Südkrainern unterscheiden und dass sich in der Oberkrain viel germanisch-deutsches Volksgut erhalten hat, ja, dass es sich hier in vielen Zügen um ein Land handelt, das nach deutscher Art lebt, ist augenfällig. Für die Volkstumsarbeit aber benötigen wir forschungsmässige Unterlagen, deren Erstellung bei dem gänzlichen Mangel an deutschen wissenschaftlichen Arbeiten über das Gebiet eine Aufarbeitung aller Fragenkreise von Grund auf notwendig machen.

Für diese wissenschaftliche Arbeit ist nun das Material unerlässlich, das heute im Museum und im Archiv von Laibach liegt. Es muss unbedingt der Versuch gemacht werden, dieses die Oberkrain betreffende Material im Zuge der jetzt in Angriff zu nehmenden Aktenbergung aus Laibach zu erhalten und nach Deutschland zu bringen. Der deutsch-italienische Umsiedlungsvertrag bezüglich des Deutschtums in der Provinz Laibach bietet keinerlei Handhaben für eine solche Überführung von Archiv- und Museumsbeständen, jedoch soll der Versuch gemacht werden. Die Schwierigkeiten dürften nicht geringe sein und daher dürfte auch nur wenig Aussicht auf Erfolg bestehen.¹³

In diesem Rahmen müssen auch die Pläne für die Errichtung einer Forschungsstelle betrachtet werden. Eine solche Forschungsstelle ist zweifellos ein dringendes Gebot der Stunde. Die wissenschaftliche Arbeit ist wie dargelegt überhaupt die Voraussetzung für die Entfaltung einer fruchtbringenden volkspolitischen Arbeit in Südkärnten. Der an den Herrn Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Unterricht gerichtete Antrag hat folgende Geschichte.¹⁴ Ursprünglich bestand die Absicht, dem Reichsminister für Wissenschaft bei seinem Besuch die Gründung einer Universität vorzuschlagen. Der Reichsminister hat selbstverständlich sofort abgewinkt und darauf hingewiesen, dass der Gau Kärnten überhaupt nicht in der Lage ist, eine eigene Universität zu tragen. Es blieb dann von diesem Vorstoß lediglich eine Forschungsstelle übrig, deren Einrichtung der Reichsminister zugesagt hat. Eine Fühlungnahme mit dem erprobten wissenschaftlichen Arbeitskreis in Klagenfurt (Maier-Kaibitsch, Starzacher und Kameraden) ist bei diesem Vorstoß nicht erfolgt. Es handelt sich hierbei um ein selbständiges Vorgehen

¹³ Der deutsche Okkupator hoffte auf den Erwerb des Archivmaterials bezüglich der besetzten Gebiete Kärntens und Krains im Archiv beim Nationalmuseum in Ljubljana. Im Frühling 1942 liess er diese Hoffnung fallen. (Siehe das Material der Kulturkommission beim Deutschen Umsiedlungsbevollmächtigten in Laibach, BA Koblenz, Das Ahnenerbe, NS 21/161, 321, 322 u. 323.)

¹⁴ Siehe Dok. Nr. 89 u. 93

des Schulreferenten Gauamtsleiter Dlaska (Klagenfurt).¹⁵ Der Arbeitskreis um Maier-Kaibitsch ist seit langem bemüht, die von einem Kreis junger Wissenschaftler in Kärnten getragenen wissenschaftlichen Arbeiten irgendwie institutionell zu verankern. Es ist gar kein Zweifel, dass Kärnten im Gegensatz zur Steiermark wegen Fehlens einer Universität eines wissenschaftlichen Mittelpunktes entbehrt, dessen Fehlen sich heute besonders tragisch auswirkte. In Graz konnte die wissenschaftliche Arbeit für die Wiederinbesitznahme der Untersteiermark zu einem großen Teil bereits vorher geleistet werden. In Kärnten fehlt eine entsprechende Forschungsstelle. Erschwerend kommt allerdings hinzu, dass man in Kärnten nie daran gedacht hat und nicht daran denken konnte, dass Gebiete von Krain angeschlossen werden könnten.¹⁶ Eine Forschungsstelle, die das Versäumte nunmehr nachzuholen bzw. die vorliegenden Probleme aufzuarbeiten hätte, muss an die bisherige Arbeit in Kärnten organisch angeschlossen werden. Die geschilderte schwierige volkspolitische Lage in Südkärnten macht es erforderlich, dass auch die wissenschaftliche Arbeit der gleichen volkspolitischen Führung unterstellt wird. Das Hineinwirken raumfremder bzw. mit den schwierigen Problemen Südkärntens nicht vertrauter Einrichtungen kann unermesslichen Schaden zur Folge haben. Der vom Reichsminister Rust gemachte Vorschlag der Begründung einer Aussenstelle der Universität Wien, d.h. die Schaffung der geplanten Forschungsstelle als abhängiges Ausseninstitut der Universität Wien trifft daher auf grosse Bedenken. Die Aufgaben der Universität Wien werden in Zukunft doch in der Hauptsache in einer anderen Richtung liegen. Andererseits ist natürlich eine Verankerung einer solchen Forschungsstelle bei einer deutschen Universität für das Ansehen der hier geleisteten wissenschaftlichen Arbeit von grossem Wert. Ausserdem ermöglicht eine solche Eingliederung die Heranziehung und Ausbildung wissenschaftlich wertvoller Kräfte, denen dann im Rahmen einer Universitätslaufbahn eine Entwicklungsmöglichkeit geboten wird. Diesen Vorteilen steht der grosse Nachteil gegenüber, dass die Besetzung und wissenschaftliche Zielsetzung der Forschungsstelle entscheidend immer von aussen her bestimmt werden kann, da sich kaum ein Weg finden lassen wird, welcher den Kärntner Führungsstellen ein entscheidendes Mitbestimmungsrecht sichert. Diese Mitbestimmung wird dort von entscheidender Bedeutung, wo es sich um die Heranziehung slowenischer Kräfte handelt. Eine solche Forschungsstelle kann der Mitarbeit dieser Kräfte nicht entraten, jedenfalls solange nicht, als nicht eine neue junge deutschgesinnte Generation herangewachsen ist. Maier-Kaibitsch weist mit allem Nachdruck daraufhin, dass es unbedingt erforderlich ist, Menschen slowenischen Blutes zu finden, die als Wissenschaftler bereit sind, ihren oberkrainischen Volksgenossen die oben dargelegten Unterschiede zwischen Ober- und Unterkrain klarzumachen. Es dürften sich sowohl in dem jetzigen Südkärnten wie auch in Laibach Menschen finden, die zur Mitarbeit bereit sind. Diese Menschen müssen unbedingt mitgenommen werden. Die Heranziehung solcher Mitarbeiter (etwa als Assistenten an einer Forschungsstelle), ihre ständige Beaufsichtigung usw. kann aber nur von den volkspolitischen Führungsstellen Kärntens geleitet und gelenkt werden.¹⁷

¹⁵ Dr. Ernst Dlaska

¹⁶ Siehe Dok. Nr. 3, 5 u. (.)

¹⁷ Es wurden keine slowenischen Wissenschaftler zur Mitarbeit bei dem am 10. Oktober 1942 gegründeten Institut für Kärntner Landesforschung in Klagenfurt berufen.

Der Sitz einer solchen Forschungsstelle kann nur Klagenfurt sein. Der Aufbau eines Institutes in Südkärnten ist abzulehnen. Wenn zunächst die Unterbringung in Schloss Kesselstein in Krainburg in Aussicht genommen worden ist, so ist das nur eine Verlegenheitslösung, weil in Klagenfurt entsprechende Räume heute nicht zur Verfügung stehen. Der historischen Entwicklung der Forschungsarbeit in Kärnten würde es besser entsprechen, wenn man die Forschungsstelle in Klagenfurt durch einen Ausbau des Museums ins Leben rief. Durch eine Zusammenziehung von Museum und Archiv und Schaffung entsprechender Stellen für wissenschaftliche Mitarbeiter, durch Aufbau einer Forschungsgemeinschaft, in die auch ausserkärntnerische Wissenschaftler berufen werden können, wäre ein organischer Anschluss an die in Kärnten vorhandenen Kräfte möglich und vor allen Dingen die notwendige Führung durch die Kärntner gesichert.

Diese Lösung würde auch den Nachteil vermeiden, den eine Aussenstelle einer Universität in anderer Hinsicht immer hat, und der darin begründet ist, dass Universitätskräfte doch nur zu einem geringen Teil landschaftsgebunden sind. Die Universitätslaufbahn erfordert geradezu eine Freizügigkeit ihrer Angehörigen. Berufungen an eine andere Universität können eine solche Aussenstelle jederzeit ihrer Leitung berauben und ihr ebenso die jüngeren Kräfte nehmen. Die Lösung über eine Intensivierung der jetzt bestehenden musealen Einrichtungen usw. würde eine Intensivierung der jetzt bestehenden musealen Einrichtungen usw. würde die Forschungsstelle zu einer die bodenständigen wissenschaftlichen Arbeiter zusammenfassenden Arbeitsstätte werden lassen. Diese Lösung die der Kameradenkreis von Maier-Kaibitsch vorschlägt, dürfte aber nur sehr schwer zu verwirklichen sein, weil die Frage, wer der finanzielle Träger einer solchen Institution sein soll und kann, kaum geklärt werden kann. Als Angehörige einer solchen Forschungsstelle werden vom Kameradenkreis Maier-Kaibitsch folgende Persönlichkeiten gebracht:

Als Leiter Dozent Dr. Kranzmayr, München, ¹⁸

Als Historiker werden Dr. Klauert (Klagenfurt)¹⁹ und Dr. Pachinger (Innsbruck) in Vorschlag gebracht.

Als Volkskundler wäre Dr. Moser vom Heimatmuseum in Klagenfurt.²⁰

Als Slawist Dr. Paulsen (jetzt in der Publikationsstelle in Wien) heranzuziehen.²¹

Die germanistischen Fragen würde der Leiter Kranzmayr selbst bearbeiten können, ebenso wäre ein besonderer Geograph nicht notwendig, da diese Fragen von Dr. Paschinger mit betreut werden könnten. Für die vorgeschichtlichen und archäologischen Forschungsaufgaben der Forschungsstelle kann ein Mitarbeiter noch nicht genannt werden.

Man hat daran gedacht Egger, Wien,²² um einen Vorschlag zu bitten. Da die Dienststelle des CDZ mit dem 1. Nov. aufgelöst wird und die Forschungsstelle bis zu diesem Zeitpunkt wahrscheinlich noch nicht errichtet sein kann, ist eine Zwischenlösung für das Zentralmatrikenamt, ebenso wie für die jetzt unter der Leitung von Professor Czontar²³ eingerichtete Archivstelle (Bergung aller gefährdeten Archiv- und Museumsgegenstände) notwendig. Das Zentralmatrikenamt muss in die Betreuung des

¹⁸ Dr. Eberhard Kranzmayer.

¹⁹ Dr. Günther Glauert.

²⁰ Dr. Oskar Moser.

²¹ Dr. Viktor Paulsen

²² Siehe Dok. Nr. 152, 196 u. 207.

²³ Dr. Josip Zontar.

Das Zentralmatrikenamt muss in die Betreuung des Reichssippenamtes übernommen werden. Für die Kosten der Archivstelle wird zunächst der Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums, Generaltreuhänder, einspringen. Starzacher wird ein entsprechendes Gesuch mit einer Kostenaufstellung an SS-Obersturmbannführer Sievers einreichen.²⁴

Veldes, 8.10.1941

Schwalm

²⁴ Siehe Dok. Nr. 152, 196 u.207.